

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 65 (1986)
Heft: 6

Buchbesprechung: Vom Wechseln der Räder am fahrenden Zug : Parteienkrise als Chance [Rudolf H. Strahm]

Autor: Hablützel, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Parteienkrise als Chance

Peter Hablützel zu Rudolf H. Strahms neuem Buch

I.
Am schweizerischen Parteien- und Regierungssystem bröckelt der Verputz. Die politische Landschaft scheint in Bewegung zu geraten. Wir werden Zeugen eines Umbruchs, dessen Ursachen und Folgen noch nicht deutlich erkennbar sind. Aber soviel spüren wir: Dieser Prozess trägt krisenhaften Charakter. Die überkommenen politischen Orientierungs- und Handlungsmuster verlieren Erklärungskraft und gesellschaftliche Lenkungsfunktion. Mit den traditionellen Formen und Inhalten unserer Politik lässt sich der beschleunigte soziale Wandel weder aktiv steuern noch sinnvoll legitimieren. Das ist der tiefere Grund, weshalb Regierung und Verwaltung, Parlament und Parteien nicht eben hoch im Kurse stehen. Man kritisiert zu Recht ihre bescheidene Leistungsbilanz und ihre mangelnde Effizienz. Aber viel gravierender noch: Man traut ihnen eine politische Lösung unserer gesellschaftlichen Probleme kaum mehr zu. Das helvetische Malaise, von Max Imboden bereits vor zwanzig Jahren gleichsam seismographisch registriert, wird zur Grundstimmung im politischen System der Schweiz. Resignation beschleicht Basis und Eliten gleichermaßen, findet allerdings innerhalb und ausserhalb des Bundeshauses oft unterschiedliche Ausdrucksformen. «Die da unten» verspüren eine wachsende Entfremdung gegenüber Behörden und etablierten Parteien. Sie begreifen sich selbst immer weniger als bewegenden und gestaltenden Fak-

tor im politischen Prozess. Viele verlieren ihr Interesse am institutionellen Geschehen, verweigern ein Engagement im Rahmen traditioneller Mitwirkungsformen und stellen sich aus der politischen Verantwortung mit dem diffusen Vorwurf, «die dort oben» täten ohnehin nur, was ihnen gerade so passe. Die Akteure der «Berner Mechanik» scheinen diesen Vorwurf nicht sonderlich ernst zu nehmen. Sie holen sich ihre Legitimation aus einer rastlosen Geschäftigkeit, die aber meist in einer gegenseitigen Blockierung endet. Hin und wieder spuckt die helvetische Kompromissmühle bescheidene Reförmchen aus, von denen jedoch niemand wirklich glauben will, dass sie den gesellschaftlichen Problemdruck zu bewältigen vermögen. Oft kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, Verfassung und Rechtsordnung der Schweiz dienen heute dazu, politische Lösungen für die anstehenden Probleme eher zu verhindern oder zu verzögern als sie zielstrebig voranzutreiben. Dank aufwendigem Management und Marketing funktioniert das politische System rein äusserlich zwar immer noch beinahe perfekt wie ein Gesamtkunstwerk, aber es greift nicht mehr richtig in die Speichen der sozialen Prozesse ein und gleicht je länger je mehr einer gigantischen Maschine, die Tinguely entworfen haben könnte.

II.
Sieben Jahre lang hat Rudolf H. Strahm an einer wichtigen

Schaltstelle in dieser Politikmaschine gewirkt. Er hat unter ihrem zunehmenden Leerlauf gelitten und nach Kräften versucht, die Parteipolitik aus der Sackgasse ideologischer Rhetorik herauszuführen und sie für eine vernünftige Steuerung der realen gesellschaftlichen Prozesse wieder relevant zu machen. Nicht immer mit Erfolg, aber er hat bezüglich Effizienzsteigerung und Outputorientierung – zumindest für die sozialdemokratische Politik in diesem Lande – Massstäbe gesetzt. Und er hat Perspektiven aufgezeigt, die über den symbolischen Aktionismus hinausweisen. Dass Strahm sich mit der Wartung und mit einem geölten Lauf der Politikmaschine nicht zufrieden gab und mit heiligem Zorn verurteilt, wer diese Maschine zu Karrierezwecken oder als Bühne narzistischer Selbstdarstellungskunst missbraucht, mag sicher auch in seiner zutiefst ethischen Motivierung zur Politik begründet liegen. Wichtiger scheint mir aber, dass Strahm in der 68er-Bewegung an Problemen der Dritten Welt politisiert worden ist und bis heute der etablierten Politik gegenüber ein distanzierter, gleichsam instrumentelles Verhältnis bewahren konnte. Politik ist für ihn kein Selbstzweck, sondern zielgerichtete Arbeit, ein «demokratischer Produktionsprozess», und der beschwerliche Marsch durch die Institutionen lohnt sich nur, wenn er der sozialetischen Zielsetzung dient. Dass Strahm von der Berner Mechanik nie völlig vereinnahmt worden ist, hat er aber auch seinem didakti-

sehen Interesse und seiner Funktion als Bildungssekretär der SPS zu verdanken. Der intensive Kontakt zur breiten Basis in Hunderten von Referaten, Diskussionen und Zukunftswerkstätten liess ihn nicht zu einem Apparatschik werden, dessen Perspektive unter dem Eindruck objektiver und vermeintlicher Sachzwänge der Berner Mechanik immer mehr zur organisationspolitischen Kurzsichtigkeit schierer Machterhaltung verkommt. Das will nun keineswegs heissen, Strahms Position sei im Idealismus basisdemokratischer Bewegung zu verorten und ignoriere die gewachsenen Strukturen des politischen Systems. Ganz im Gegenteil: Der erste Teil dieses Buches zeigt, welche grosse Bedeutung Strahm der Organisationspolitik beimisst. Und er entwickelt gar ein differenziertes Kalkül für den Umgang mit komplexen Machtstrukturen, eine politische Strategie, die er offen zur Diskussion stellt – nicht eben typisch für einen Vertreter der 68er-Generation, die doch eher auf die verändernde Kraft fundamentaler Systemkritik und spontaneistischer Aktionen vertraute (vom Globus-Krawall bis hin zur Debatte um die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten!). Aber trotz dieses in Praxis und Theorie hautnahen Umgangs mit Macht und Systemstrukturen ist die Politikmaschine für Strahm ein Mittel zum Zweck geblieben; im Grunde betrachtet er den politischen Prozess immer noch aus dem Blickwinkel eines radikalen Aktivisten, der am symbolischen Politspektakel wenig, an realen gesellschaftlichen Veränderungen jedoch vital interessiert ist.

Aus diesem Versuch einer Annäherung an Strahms politische Grundhaltung sollte – so glaube ich – auch verständlich werden, weshalb er das gegenwärtige

Formtief der Sozialdemokraten, die desolote Kultur und das nicht über jeden Zweifel erhabene Management seiner eigenen Partei, für die er während Jahren in leitender Funktion Mitverantwortung trug, so schonungslos unter die Lupe nehmen kann. Strahms Kritik ist hart, und sein Urteil kann verletzend sein; er nimmt kein Blatt vor den Mund. Aber seine für schweizerische Verhältnisse ungewohnte Offenheit folgt nicht einer destruktiven Absicht. Die rigorose Analyse sozialdemokratischer Organisationspolitik, die bei den davon Betroffenen auch Ärger auslösen dürfte, verfolgt konsequent das Ziel, die Partei für ihre künftigen Aufgaben wieder flott zu machen. Sie ist getragen vom unerschütterlichen Glauben an die Zukunft unserer Partei und vom starken Willen, diese Zukunft tatkräftig in Angriff zu nehmen. Man könnte sich allerdings fragen, ob diese ehrliche Selbstkritik dem politischen Gegner nicht allzusehr die Verletzlichkeit der eigenen Flanken zeigt. Aber solche Befürchtungen sind kaum angebracht. Strahms Kritik trifft im Grunde alle traditionellen Parteien. Und wenn sich in bürgerlichen Kreisen ein kritischer Insider ebenso offen zum Wort melden dürfte, so müsste das Urteil über den Zustand jener Parteien ähnlich alarmierend ausfallen. Mit einem Unterschied: Während auf bürgerlicher Seite die neokonservativen Führungskräfte, unterstützt von Hofschranzen einer willfährigen Wissenschaft, noch immer mit Vorliebe auf dem Abfallhaufen der Geschichte nach politischen Rezepten für die Zukunft stöbern, sammelt sich im sozialdemokratischen Milieu ein Innovationspotential, das konkrete Utopien für eine echte Zukunft unserer Gesellschaft zu entwickeln vermag. Der zweite Teil dieses Bu-

ches kann dafür als Beispiel dienen.

Eine Verunsicherung dürfte indes auch beim wohlwollenden Leser zurückbleiben: Wie schaffen wir angesichts des desolaten Zustands der eigenen Partei und des ganzen Parteiensystems den Schritt in eine Ära, in der politische Innovation überhaupt zum Tragen kommen kann? Sind Sachzwänge und Verkrustung des politischen Systems der Schweiz nicht so weit fortgeschritten, dass die Hoffnung auf grundlegende Veränderungen als illusionär erscheinen muss? Ich bin der Überzeugung, dass die in diesem Buch geschilderte Parteienkrise auch eine Chance für die Politik in unserem Lande darstellt, die es zu nutzen gilt. Wir erleben einen tiefgreifenden Umbruch des politischen Systems, der uns nicht nur ängstigen sollte, sondern auch zu berechtigten Hoffnungen für die Zukunft Anlass geben kann. Für diese These möchte ich im folgenden einige historisch-politologische Argumente skizzieren.

III.

Die meisten Schulbuchautoren, 1.-August-Redner und politischen Publizisten zeichnen noch immer ein Bild der schweizerischen Politik, in dem die Stilelemente des 19. Jahrhunderts dominieren. Sie ergötzen sich am Oberflächengekräusel des parteipolitischen Spektakels, das sich wunderbar personifizieren und ohne analytischen Tiefgang dem Publikum auch so didaktisch vermitteln lässt. Sie haben noch kaum zur Kenntnis genommen, dass sich unsere Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert hat und dass pluralistische Analysemodelle, welche das freie Spiel vielfältiger Kräfte ideologisch überhöhen, für die Erklärung politischer Sachverhalte im hochentwickelten

Kapitalismus wenig mehr taugen. Worin liegt der Grund für die Unschärfe dieses traditionellen Ansatzes? Er vernachlässigt den qualitativen Funktionswandel, den die Politik unter dem wachsenden Einfluss des Verbandssystems erfahren hat. Die Neokorporatismusdebatte, die unter Politikwissenschaftlern seit einigen Jahren im Schwange ist, kann diesen Funktionswandel besser erfassen, da sie das Verhältnis von Staat und Gesellschaft unter einem adäquateren Blickwinkel angeht. Sie bietet auch für die schweizerische Entwicklung erhellende Aufschlüsse, da unser Land in dieser Beziehung keinen Sonderfall unter den kapitalistischen Industrienationen darstellt.

Im Gefolge der Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre ist es auch hierzulande einigen wenigen Spitzenverbänden immer besser gelungen, die Interessen ihrer verschiedenen Zweigorganisationen in zentralisierten Entscheidungsverfahren zusammenzufassen, über ihre Spitzenfunktionäre gesamtgesellschaftliche Kompromisse auszuhandeln und diese dann auch gegenüber ihren eigenen Mitgliedern kraftvoll durchzusetzen, zum Teil mit Hilfe des von ihnen mehr und mehr kontrollierten politischen Systems. Grundlage für diese neuartige Machtstruktur, mit der es gelang, die Wirtschaft aus ihrem Tief in eine neue Wachstumsepoche hineinzuführen, bildete ein nationaler Grundkonsens zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, der in der Schweiz unter dem Eindruck der Krise und der faschistischen Bedrohung entstanden war und sich in der Kriegszeit gefestigt hatte. Dieser Konsens beruhte auf gegenseitigen Zugeständnissen: Die Gewerkschaften schworen den revolutionären Ideen ab und halfen mit, der kapitalistischen Wirtschafts-

wicklung Hindernisse aus dem Weg zu räumen, in der Erwartung, vom wachsenden Wirtschaftskuchen profitieren zu können. Die Unternehmer zeigten sich ihrerseits zu Konzessionen in den Arbeitsbedingungen bereit und wehrten sich nicht mehr gegen den massvollen Ausbau des Sozialstaats, der die Risiken der Lohnarbeit absichern und den in ihr angelegten Konfliktstoff neutralisieren sollte. Gemeinsame Handlungsperspektive bildete das Wachstum, das die Interessen beider Seiten zu befriedigen erlaubte. Es war möglich geworden durch die Integration der Schweiz in die expandierende Weltwirtschaft und durch die zunehmende Durchkommerzialisierung sämtlicher Lebensbereiche. Der nationale Grundkonsens, in den sich auch andere Bevölkerungskreise, wie beispielsweise die Bauern, durch entsprechende Zugeständnisse einbinden liessen (Landwirtschaftsgesetz von 1951), machte es den Hauptakteuren – trotz sozialer Interessendivergenzen und bei allem Streit um Detailfragen – immer wieder möglich, ihre Entscheidungsfindung auf gemeinsam abgesteckte Ziele hin auszurichten. Dieser Pakt der Spitzenverbände, der nicht zuletzt unter referendumspolitischen Zwängen zustande kam, wurde schliesslich durch die Bildung einer Konkordanzregierung auch auf parteipolitischer Ebene abgesegnet.

Sicher hat der Neokorporatismus den breiten Schichten des Volkes etwas gebracht, namentlich wachsende Konsumkraft, die den Arbeitnehmer mit seiner abhängigen Stellung versöhnte und gleichzeitig die Wirtschaft ankurbelte. Aber der Neokorporatismus war auch mit negativen Wirkungen verbunden: Das Machtkartell der Spitzenverbände dominierte mit Hilfe von Referendums-

nur die politische Willensbildung (Input des politischen Systems) und bestimmte damit, welche Probleme überhaupt auf die politische Traktandenliste kamen und wie sie bearbeitet werden sollten. Es beeinflusste auch die Leistungen des politischen Systems (Output) durch Übernahme von Vollzugsaufgaben bis hin zum Parastaat und sorgte für eine politische Disziplinierung der Gesellschaft, indem die Spitzenverbände ihre Klientel selbst dann in den nationalen Konsens einzubinden vermochten, wenn deren unmittelbare Interessen durch die ausgehandelten Kompromisse nicht voll befriedigt werden konnten. Um alle relevanten Gesellschaftsschichten bei der Stange zu halten, musste man sie mit Leistungen des Staates versorgen, so beispielsweise die Wirtschaft mit dem Ausbau der Infrastruktur und Exportförderung, die Arbeiterschaft mit Sozialversicherungsnetzen und Arbeitsplatzsicherheit, die Bauern mit Zollschutz und Preisgarantie. Das ging alles gut, solange das Wirtschaftswachstum die aufgeblähten Staatsausgaben finanzieren konnte und seine negativen Auswirkungen auf die kulturelle und natürliche Umwelt dem politischen Bewusstsein noch weitgehend verborgen blieben.

In den späten sechziger Jahren geriet das Machtkartell der Spitzenverbände in erste ernsthafte Schwierigkeiten von den politischen Rändern her: Auf der einen Seite scherten verunsicherte und zu kurz gekommene Kleinbürger, die ihre gewohnte Heimat vom raschen Wandel bedroht sahen, aus dem breiten Konsens aus und verschanzten sich in einem konservativen Nationalismus, welcher der weltmarktverflochtenen Wirtschaft gefährlich werden konnte. Auf der andern Seite rebellierte progressives Jungvolk, das sich mit der Konsumgesellschaft nicht

zufrieden gab und damit den beginnenden sozialen Wertewandel signalisierte. Dem neokorporatistischen Machtkartell gelang es allerdings für einmal noch, solche Schwierigkeiten anzugehen, indem es dem politischen System eine neue reformerische Dynamik zugestand: mit Elan wagte man sich endlich an die Lösung von Grundsatzproblemen (Frauenstimmrecht, Umweltschutz), unternahm Schritte in Richtung europäischer Wirtschaftsintegration und sozialstaatlichem Ausbau (Dreisäulenprinzip) und verschrieb sich mehr und mehr den modernen Planungsmethoden (von den Regierungsrichtlinien bis zu den Gesamtkonzeptionen), um das Angebot staatlicher Leistungen auf die wachsende Nachfrage ausrichten zu können. Kehrseite dieser Dynamik des Staates bildeten die wachsenden Defizite, und als die Wirtschaft in die Rezession tauchte, wurde dieser Strategie der Boden entzogen.

Durch die neuartige Wirtschaftssituation seit Mitte der siebziger Jahre ist das neokorporatistische System in eine dreifache Blockierung geraten: Einmal wird es für die Spitzenverbände immer schwieriger, die Interessen aller Mitglieder auf einen Nenner zu bringen. Wenn das Klima härter wird, wehrt sich jeder für seine eigene Haut. Deshalb treten die Interessendivergenzen innerhalb der Spitzenverbände deutlicher zutage, man denke nur an die unterschiedlichen Sorgen von öffentlichem und privatem Personal, von Export- und Binnenindustrie oder von Gross- und Kleinbauern. Sodann ist das Wachstum der Wirtschaft gefährdet oder jedenfalls nicht mehr im selben Ausmass möglich wie in den sechziger Jahren. Und vor allem garantiert es die Ansprüche der Gewerkschaften auf Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit nicht mehr, da die

neuen Technologien das Arbeitsvolumen und die Lohnsumme tendenziell beschränken. Und schliesslich eignet sich die eingeübte Aushandlungspraxis zwischen den Spitzenverbänden, die für die Verteilung des wachsenden Wirtschaftskuchens bestens taugte, wenig für die Lösung neuartiger Probleme, die wie Umwelterhaltung, Lebensqualität und Gleichberechtigung der Geschlechter mit dem Wertewandel zusammenhängen. Diese dreifache Blockierung hat das neokorporatistische Kartell gesprengt und den nationalen Grundkonsens gelockert. Damit ist der Einfluss der Wirtschaft freilich noch lange nicht gebrochen, aber die Grenzen des Verbandssystems sind sichtbar geworden und lassen die Herausbildung neuer Kräfteverhältnisse möglich erscheinen.

Neben der Blockierung des Verbandssystems ist in den letzten Jahren unübersehbar geworden, dass die dynamische Wirtschaftsentwicklung, die während Jahrzehnten den Grundkonsens ermöglichte, ihr natürliches und kulturelles Umfeld nicht nur umgepflügt und neu strukturiert, sondern auch im Übermass ausgebeutet hat. Das vom Gewinnstreben geleitete Wachstum und die fortschreitende Kommerzialisierung aller Lebensbereiche stellen ihre eigenen Grundlagen und damit sich selbst in Frage, indem sie sowohl den kulturell vermittelten sozialen Kitt (also z.B. die mitmenschliche Solidarität) als auch die natürlichen Umweltressourcen zerstören. Diese Problematik und der Widerstand, der sich in vielfachen Formen gegen solch gefährliche Entwicklungen wendet, haben den sozioökonomischen Verhältnissen die Legitimation entzogen und den soziokulturellen Kräften erneuten Antrieb verlihen. Damit drängten neue politische Paradigmen in den

Vordergrund, während die alten nur mühsam aus ihrer Blockierung zu befreien sind.

IV.

Welche Auswirkung hat nun die Krise des Neokorporatismus und seiner sozioökonomischen Grundlage auf die Politik und auf das Parteiensystem? Zunächst – wie es scheint – eine verheerende. Die politischen Parteien polarisierten sich seit Mitte der siebziger Jahre nach dem traditionellen Links-Rechts-Schema und haben damit ihrerseits den Willensbildungsprozess blockiert. Die eingeleiteten Reformen wurden verzögert, verwässert oder gar verhindert, und für die neu auftauchenden Probleme fand man keine vernünftigen Lösungen, die mehrheitsfähig waren. Die Räder der politischen Maschine begannen durchzudrehen, weil die Parteien, bisher hauptsächlich Erfüllungsgehilfen des neokorporatistischen Kartells, vorerst keinen eigenen Weg aus der politischen Krise finden konnten und sich damit selbst in Legitimationsschwierigkeiten brachten. Dass sich diese Schwierigkeiten zuerst bei den Sozialdemokraten in Wählerverlusten und Flügelkämpfen manifestierten, kann nicht verwundern. Wie ihr verbandspolitischer Partner, der SGB, durch die Blockierung in die Minderheit versetzt, verloren sie ihren Einfluss auf das Geschehen in der Berner Mechanik und mussten sich, gemessen an ihren Reformzielen, mit einem bescheidenen Leistungsausweis zufrieden geben. Ihr doch nicht erfolgloser Einsatz für die Verteidigung des Erreichten wurde weder von den eigenen Mitgliedern noch von den Wählermassen gebührend honoriert. Aber auch im bürgerlichen Lager wird man sich der steigenden Kosten einer Polarisierung bewusst. Nachdem die antietati-

stischen Parolen der neokonservativen Kräfte beim Stimmbürger anfänglich zu verfangen schienen, bläst nun in den letzten Jahren auch den bürgerlichen Parteien ein kalter Wind ins Gesicht. Die Stadtzürcher Wahlen vom März 1986 zeigen exemplarisch, dass selbst der Freisinn vor Spaltungstendenzen und verheerenden Niederlagen nicht gefeit ist. Die Blockierung dringlicher Problemlösungen zahlt sich für keine der grossen Parteien aus; wenn die von ihnen getragenen Regierungen und Parlamente aus der gravierenden Entscheidungs- und Innovationsschwäche nicht herausfinden, so werden Stimmabstinenz und Erfolge der politischen Randgruppen weiter zunehmen. Diese Krise des Parteiensystems

ist aber auch eine Chance für die Politik in unserem Lande. Einerseits werden die grossen Parteien gezwungen, sich der neuen Problembereiche verstärkt anzunehmen, die von den Randgruppen her in den politischen Prozess eingebracht werden und bereits vehemente Wortführer auch im Machtzentrum gefunden haben. Andererseits entsteht ein zunehmender Druck, neue Konsensmöglichkeiten auszuloten und mehrheitsfähige politische Programme durchzusetzen, die wieder in die Speichen der sozialen Prozesse greifen. Der schwindende Einfluss des neokorporatistischen Systems bietet ja auch die Chance, dass sich die Parteien aus der Bevormundung durch die Wirtschaftsverbände etwas emanzipieren und den Bedürf-

nissen des soziokulturellen Bereichs grössere Beachtung schenken können. Die unter den Regierungsparteien ausgehandelten Forderungspakete bezüglich Luftreinhaltung und Förderung des öffentlichen Verkehrs, an deren Entstehung Rudolf H. Strahm massgeblich beteiligt war, wecken die Hoffnung, dass politische Leitplanken für eine vernünftige Entwicklung auch auf andern Gebieten gesetzt werden können. Dazu braucht es aber eine innovative Diskussion über politische Ziele und Strategien in allen Parteien. Es ist Strahms Verdienst, diese nun anstehende Diskussion mit organisationalpolitischen Vorschlägen und inhaltlichen Perspektiven für eine moderne Sozialdemokratie wesentlich bereichert zu haben.

Zum Parteitagsthema «Arbeit und Umwelt»

Denkanstösse: In welche Richtung?

Eine Kritik von Ruedi Winkler

Das Hauptthema des Parteitages der SPS vom 21. und 22.6. ist «Arbeit und Umwelt». Das zu diesem Thema ausgearbeitete Papier versteht sich nach den «Begleit-Worten» Helmut Hubachers als Arbeitspapier, das «Denkanstösse» geben soll. Die Vorläufigkeit des Papiers ist damit offiziell festgehalten. Es liegt jedoch in der Natur der Sache, dass Anstösse eine bestimmte Richtung haben, auch wenn es «Denkanstösse» sind.

Mit dieser Richtung scheint mir im vorliegenden Papier einiges nicht zu stimmen. Deshalb sei im folgenden versucht, einige «Korrekturanstösse» anzubringen.

Glaubwürdigkeitslücke zwischen Rhetorik und Inhalt

Im einführenden Kapitel «Arbeit – wie, warum, wozu» stehen die bemerkenswerten Sätze: «Aber im Gegensatz zu früher geht's heute nicht nur um Sein oder Nichtsein des Einzelnen, sondern dasjenige der ganzen Menschheit. Wenn wir nicht radikal umdenken, ziehen wir uns selbst den Boden unter den eigenen Füßen weg. Und ist es dann einmal soweit, können wir nicht einmal behaupten, nichts gewusst zu haben.» Deutlicher geht's wohl nicht mehr. Insbesondere weil schon auf der nächsten Seite nachgedoppelt wird: «Die dringend

notwendige Umorientierung fordert uns also ein Umdenken ab, was Arbeitsinhalte, Arbeitsformen, Arbeitsverständnis – damit verquickt unser eigenes Selbstverständnis – betrifft.» Damit scheint aber das radikale Pulver bereits verschossen zu sein. Denn bereits auf der nächsten Seite steht der Satz: «Die Computerisierung unseres Lebens beschleunigt sich zusehends, ob wir wollen oder nicht.» Damit ist der Tarif für den Rest des Papiers durchgegeben, und der Radikalität Genüge getan. Zugleich ist damit vermutlich auch der Kern der Ursache freigelegt, warum die SPS etwas ratlos in der politischen Landschaft steht und sich